

Gründung des Vereins zur Förderung kommunaler Stadtwerke e.V.

Der Verein zur Förderung kommunaler Stadtwerke e.V. wurde am 30.01.2010 gegründet
Wir begleiten die politischen Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit der Gründung der Stadtwerke. Durch eine breite Bürgerbeteiligung beabsichtigen wir, bei den wesentlichen Schritten auf dem Weg und bei der Ausgestaltung unserer Stadtwerke Transparenz und Öffentlichkeit herzustellen und zu sichern.

Unsere Ziele

Wir treten dafür ein, dass ein 100% kommunales Vollverbundunternehmen mit den Sparten - Strom, Gas, Wärme - entsteht.

Die Stadtwerke Stuttgart sollen alle Bereiche abdecken, d.h.

- **Betrieb der Verteilnetze**
- **Erzeugung von Energie mittels regenerativer Techniken**
- **Erzeugung von Strom und Wärme lokal und regional, insbesondere durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)**
- **Vertrieb von Strom, Gas und Wärme**

Der Verein ist Veranstalter der im Rathaus durchgeführten Informationsreihe "Forum Stadtwerke" mit bisher 27 Veranstaltungen, die sich ausführlich mit den anstehenden energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Fragen auseinandersetzt und versucht, gangbare Lösungswege zu diskutieren und aufzuzeigen.

Strom, Gas, Wasser - wem gehört die Stadt ? Bürger kämpfen in Stuttgart für eine demokratische Daseinsvorsorge

"Suchet der Stadt Bestes ... denn wenn´s ihr wohl geht, so geht´s auch euch wohl!"
(Jermia 29, 7)

Das sagt der Prophet Jeremia dem Volk Israel in Babylon.

Er fordert das Volk auf, gemeinsam zu suchen. Und sich nicht von den herrschenden Verhältnissen in der fremden Stadt Babylon unterdrücken zu lassen.

Suchet der Stadt bestes, auch wenn es nicht eure Stadt ist. Mischt euch ein, auch wenn ihr euch häufig fremd vorkommt in eurer Stadt, die mit großen Mehrheiten Großprojekte beschließt und durchsetzt, die die wesentlichen Teile der Daseinsvorsorge an Fremde verkauft hat und sich mehr oder weniger deutlich weigert, die Wasserversorgung und die Energieversorgung wieder in die eigenen Hände zu nehmen.

Der Prophet sagt: suchet, also versucht herauszufinden was "das Beste" für eure Stadt ist. Diskutiert und streitet darüber, was "Gut" ist und dann gar was "das Beste" ist. Das geht nicht ohne Streit. Macht also nicht vorzeitige Kompromisse mit den Mächtigen. Der Prophet will, dass wir das Beste für die Stadt suchen und nicht für diejenigen mit dem größten Werbeetat, die sich Presse und Politik gefügig machen können.

Eine klare Zielhierarchie: Das Beste für die Stadt. Diesem Ziel sollen alle anderen Ziele untergeordnet werden. Alle Einzelinteressen müssen nachrangig sein, müssen untergeordnet werden. Auch die Kapitalinteressen und Machtinteressen anderer Gruppen müssen dem Wohl der Stadt, dem Gemeindwohl untergeordnet werden.

Freuen wir uns über Erfolge:

Der Landtag will die Privatisierung der Wasserversorgung verbieten! Getreu dem Bibelzitat

„Der Herr gibt den seinen das Wasser umsonst –

d.h. keiner soll mit der Wasserversorgung Profite machen.

Hoffen wir, dass die Stadt sich gegen die Mächtigen durchsetzt und die Wasserversorgung wieder in die Hand der Bürger kommt.

Auch bei der Energieversorgung verlangen wir, dass nicht Konzern- und Kapitalinteressen erfolgreich sind, sondern dass günstige Netzgebühren für die Bürger in der Stadt durchgesetzt werden und die Stadt durch tatkräftiges Handeln einen Beitrag zur Energiewende leistet.

Das Beste für die Stadt ist auch das Beste für das Land.

Kehren wir um vom Weg der Verschwendung von Energie und der Zerstörung der Schöpfung.

Suchen wir in unserer Stadt nach dem Weg in eine erneuerbare Energie-Zukunft.

Suchen wir ohne Scheuklappen – machen wir uns auf einen schwierigen Weg –

und suchen wir immer neu nach dem richtigen Weg, immer wieder nach dem, was das Beste für unsere Stadt ist.

Diese Botschaft des Propheten ist auch heute in unserer Stadt aktuell. Viele wollen der Stadt Aufgaben entziehen und sie anderen Interessengruppen überlassen.

Suchet!

versucht es immer wieder!

kümmert euch selbst!

überlasst es nicht anderen!

Alle die in der Stadt leben, sollen gemeinsam nach dem richtigen Weg suchen und diesen Weg auch gemeinsam gehen!

Machen wir uns weiter gemeinsam auf den Weg als Volk in unserer Stadt, lassen wir uns nicht von den Mächtigen entmutigen.

Der Prophet war schon vor über 2.500 Jahren ein Mutmacher.

Auch wenn viele Schweigen oder nur Sonntagsreden halten, wir sollen weitersuchen. Auch die Kirche darf sich mehr in die Diskussion in der Stadt einbringen. Dies ist auch ihre Stadt. Wie wichtig die Kirche für die offene Diskussion ist, haben wir bei der Wende in der DDR gesehen. Sie muss die Suche nach dem Besten ermöglichen und fördern.

Wir freuen uns, wenn die Kirche den Bürgern unserer Stadt jetzt einen neuen Ort für die Suche nach dem Wohl der Stadt öffnet, wenn sie die Themen dieser Stadt aufgreift und zulässt.

Wenn sie einen Freiraum bietet, wo selbst das Rathaus nur gegen Entrichtung von Gebühren die öffentliche Diskussion zulässt.

Hoffen wir, dass die Kirche unabhängig und ohne Angst vor Sponsoren die freie Diskussion zulassen kann. Damit wir das tun können, was der Prophet seit über 2.500 Jahren fordert.

Worauf stützt sich das Misstrauen der Bürger?

- Cross-Boarder-Leasing (CBL) 1999 bis heute

Folgende Objekte wurden ohne vorherige öffentliche Diskussion mit der Bürgerschaft an US-Trusts für 99 Jahre vermietet:

- 1999: Stuttgarter Straßenbahnen AG, 136 U-Bahnwägen
- 1999: Stadt Stuttgart, 3 Kläranlagen
- 2000: Stadt Böblingen, Müllheizkraftwerk
- 2001: Landeswasserversorgung (LW) (Vertrag wurde im Febr. 2009 vorz. beendet)
- 2002: Bodensee-Wasserversorgung (BWV) (Vertrag wurde im Febr. 2009 vorz. beendet)
- 2002: Stadt Stuttgart, Abwasserkanalnetz

Mit den Stimmen des Gemeinderats, darunter auch aktuelle Gemeinderäte.

- Verkauf der TWS- / NWS-Aktien 2002

In einem bundesweit einmaligen Vorgang werden in Stuttgart im Jahr 2002 mit der Zustimmung aller Fraktionen des Gemeinderats alle Energie-Aktien verkauft mit einem vollständigen Ausverkauf der kommunalen Daseinsvorsorge (Wasser - Strom - Gas - Wärme) (GRDRs 15/2002).

- Gemeinderäte als Beiräte im Dach- bzw. Regionalbeirat der EnBW Regional AG 2002 bis 2012

Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster (CDU) und die Bürgermeister Dr. Martin Schairer (CDU) Klaus-Peter Murawski (Grüne), Matthias Hahn (SPD) sowie die Stadträte Peter Pätzold (Grüne), Manfred Kanzleiter (SPD) im Dachbeirat der EnBW Regional AG.

Die Bürgermeister Dirk Thürnau (SPD) und Dr. Martin Schairer (CDU) sowie die Stadträte Ines Kirschner, Peter Pätzold und Andreas Winter (Grüne), Elisabeth Heinz, Prof. Dr. Dorit Loos, Marc W. Benzinger, Philipp Hill und Dr. Markus Reiners (CDU), Dr. Roswitha Blind, Ariane Zürn, Jürgen Guckenberger und Udo Lutz (SPD), Rolf Zeeb und Reinhold Uhl (FDP) und Jürgen Zeeb (Freie Wähler) im Regionalbeirat Stuttgart der EnBW Regional AG.

Nach der Gemeinderatswahl 2009 sitzen die Bürgermeister Dr. Martin Schairer (CDU) und Matthias Hahn (SPD) sowie die Stadträte Philipp Hill (CDU), Andreas Reißig (SPD) und Carmen Hanle (FDP) im Dachbeirat der EnBW Regional AG.

Obwohl es absehbar war, dass es zu Konflikten im Konzessionsvergabeverfahren kommen kann, war ein Ultimatum von Oberbürgermeister Schuster erforderlich, damit Bürgermeister und Stadträte ihre Posten aufgaben.

- 50:50 Lösung beim Wasser, bei gleichzeitiger Verlängerung der Konzessionen für Strom und Gas 2009

Oberbürgermeister Schuster hat ohne Auftrag Verhandlungen mit der EnBW geführt: „Grundsatzvereinbarung zur Neuordnung der Stuttgarter Wasserversorgung“ mit der EnBW vor (GRDRs 185/2009) im April 2009.

Ziel: 50:50 Lösung beim Wasser, bei gleichzeitiger Verlängerung der Konzessionen für Strom und Gas.

- Bürgerbegehren "100-Wasser" 2009 bis 2010

Bürger initiieren das Bürgerbegehren "100-Wasser", sie verhindern damit die „halbeigene“ Wassergesellschaft mit vorzeitiger Verlängerung der Konzessionen Strom und Gas mit der EnBW Regional AG.

Wie hätten die Stadträte ohne das Bürgerbegehren abgestimmt? Wären sie mal wieder dem Herdentrieb gefolgt?

- Horváth-Gutachten 2010 bis 2011

Intensive Auseinandersetzung mit den energiewirtschaftlichen Fragestellungen?
Der Gemeinderat diskutiert zwei Jahre. Über für Stuttgart relevante Sachverhalte der Energiewirtschaft, z.B. eigener Netzbetrieb und die Auswirkungen auf Stuttgart, die Wärmeversorgung, ... wird nicht gesprochen.

- Bürgerbegehren "Energie- und Wasserversorgung Stuttgart" 2011 bis 2012

Gemeinderat lehnt Bürgerbegehren ab, steht aber (angeblich) hinter den Zielen der Bürger: Netzeigentum und -betrieb.

Signalwirkung für die weitere Gestaltung der Bürgerbeteiligung in Stuttgart?

- Energieerzeugung in der Großstadt mit Kraft-Wärm-Kopplung (KWK) 2012

In der Reihe "Forum Stadtwerke" der Kommunalen Stadtwerke e.V. treten Dr. Nitsch und Prof. Leprich als Referenten im Stuttgarter Rathaus auf.

Anfängliche hartnäckige Weigerung des Gemeinderats, KWK in den Gesellschaftsvertrag aufzunehmen.

- Strom- und Gasvertrieb mit EWS Schönau ab Februar 2013

Wie die aktuelle Situation zeigt, ist die getroffene Lösung für die Stadtwerke äußerst problematisch.

Es gibt leider so gut wie keine "kommunalen" Aspekte. Die städtischen Liegenschaften können nicht beliefert werden.

Die Entscheidungskriterien wurden nie öffentlich bekannt gegeben.

Wird die Stadtgesellschaft in ihrer ganzen Breite angesprochen? Was ist mit Gewerbekunden,?

- Wärmeversorgung:

Juni 2013

Bei der Wärmeversorgung musste Oberbürgermeister Fritz Kuhn feststellen, dass nach über 2,5 Jahren Beschäftigung mit dem Thema im Gemeinderat große Informationsdefizite bestehen. Er hat einen Workshop mit renommierten unabhängigen Fachleuten durchgeführt.

Inzwischen scheint es beim Thema Wärmeversorgung einige aufgeschlossene Stadträte zu geben.

- Wasserrückkauf und Konzessionsvergabe sollen miteinander verknüpft werden

Juli 2013

Der Geschäftsführer und der Vorsitzende von Haus und Grund Stuttgart, der ehemalige Kämmerer der LHS Stuttgart Dr. Lang, CDU - federführende Rolle beim Verkauf der TWS/NWS) sprechen offen aus, was seit langem vermutet wird:

Wasserrückkauf und Konzessionsvergabe werden miteinander verknüpft.

Das Verfahren verstößt somit gegen EU-Recht (Diskriminierungsverbot) und gegen § 3 Konzessionsabgabenverordnung (KAV)

Eine Zurückweisung durch Verwaltung und Gemeinderat erfolgt nicht.

- Vorfestlegung im Konzessionsvergabeverfahren

Juli 2013

Mit der Vorfestlegung, die Mehrheit in der Netzbetriebs-Gesellschaft erst nach 10 Jahren anzustreben, verzichtet die Stadt auf das Sagen, insbesondere beim Aufbau der Gesellschaft, der Festlegung der Strukturen, beim Personalübergang,

Mehrheit der Allparteien-Koalition im Gemeinderat.

Mit der Alliander AG hat im August 2013 ein aussichtsreicher Bewerber sein Interesse zurückgezogen. Die Gründe für den Rückzug liegen laut einem Pressebericht vom 19.09.2013 wohl im „... politischen Umfeld ...“.